

Medieninformation

SPÖ-Strategie für Freiheit, Schutz und Sicherheit.

- Im Mittelpunkt der SPÖ-Sicherheitspolitik steht der Mensch.
- Die drei Handlungsfelder sind Schutz vor Krieg, Gewalt und hybriden Bedrohungen, Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben und die Sicherung der Lebensqualität.
- Besonderer Schwerpunkt liegt auch auf der Frauensicherheit, die von dieser Regierung sträflich vernachlässigt wurde.

Auf Antrag der SPÖ sollte die Bundesregierung eine neue Sicherheitsstrategie für Österreich ausarbeiten. Drei Monate vor der Wahl liegt immer noch nichts vor. Die SPÖ präsentiert deswegen die strategischen Grundlagen für ihre Sicherheitspolitik. Gemeinsam mit 70 Expert:innen wurde im SPÖ-Zukunftsforum eine Sicherheitsstrategie erarbeitet, die die SPÖ in Regierungsverantwortung umsetzen wird.

„Die Sozialdemokratie legt heute eine umfassende Strategie für die Sicherheit Österreichs auf den Tisch. Mit uns wird es nicht länger eine Regierung geben, die die Sicherheit der Menschen in Österreich ignoriert. Wir haben klare Handlungsfelder definiert, konkrete Schritte festgehalten und eine gesamtstaatliche Strategie erarbeitet. Die SPÖ ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.“

Eva-Maria Holzleitner

Österreich braucht eine neue Sicherheitsstrategie

Die aktuelle Österreichische Sicherheitsstrategie (ÖSS) ist aus dem Jahr 2013. In ihr wird Russland als strategischer Partner definiert. Spätestens seit dem Überfall der Ukraine durch Putins Russland muss dies überholt werden. Die SPÖ hat deswegen im Februar 2023 einen Antrag zur Überarbeitung der ÖSS gestellt. Bundeskanzler Karl Nehammer kündigte dies bis Dezember 2023 an. Bis heute liegt jedoch nichts vor. Der Streit der Regierungsparteien geht damit zulasten der Österreicher:innen. Die SPÖ stellt deswegen ihre sicherheitspolitischen Grundlagen vor, anhand derer sie in Regierungsverantwortung die Sicherheit gestalten wird.

Sozialdemokratischer Sicherheitsbegriff

Sicherheit bedeutet für die SPÖ in rechtsstaatlicher und sozialer Sicherheit, in einer demokratischen und toleranten Gesellschaft ohne Angst und ohne Gewalt, geschützt gegen Bedrohungen innerhalb und außerhalb unserer Grenzen, selbstbestimmt leben zu können. Im Mittelpunkt des sozialdemokratischen Sicherheitsbegriffs stehen der Mensch und das selbstbestimmte Leben. Soziale, äußere und innere Sicherheit müssen zusammengedacht werden, um umfassende Sicherheit herstellen zu können.

Aus diesem Verständnis sind für die SPÖ drei Handlungsfelder entscheidend:

1. Schutz vor Krieg, Gewalt und hybriden Bedrohungen

Seit 2020 haben wir 4.000 einsatzbereite Polizist:innen weniger in Österreich. Auch die Justizwache ist von einem permanenten Personalmangel geplagt. Um echten Schutz zu gewährleisten müssen die Personalstände in der öffentlichen Sicherheit dringend erhöht werden.

2. Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben

Freiheit und ein selbstbestimmtes Leben sind die Ziele sozialdemokratischer Sicherheitspolitik. Das betrifft insbesondere die Selbstbestimmung von Arbeitnehmer:innen und Frauen. Wir Sozialdemokrat:innen sind überzeugt, dass es ohne äußere & innere Sicherheit keine soziale Sicherheit geben kann – und ohne soziale Sicherheit gibt es keinen sozialen Frieden.

3. Sicherung der Lebensqualität

Sicherheit bedeutet auch unserer natürlichen Ressourcen zu schützen – etwa unser Wasser, aber auch unsere Energieversorgung. Auch der Kampf gegen die Klimakrise ist damit ein bestimmendes Sicherheitsthema.



Moderne Sicherheitsarchitektur

Die ÖVP hat aus Österreich einen „sicherheitspolitischen Fleckerlteppich“ gemacht. Um die zahlreichen Herausforderungen zu meistern, braucht es eine moderne Sicherheitsarchitektur. Gesamtstaatlich vom Bundeskanzleramt aus koordiniert und leistungsfähig durch eine starke und gut ausgebildete Belegschaft.

- **Politische Verantwortung bei dem/der Bundeskanzler:in**
 - Funktionierende Sicherheitspolitik braucht eine zentrale Koordinierung mit klarer politischer Verantwortung. Die ÖVP macht das BMI immer mehr zum Superministerium. Wir sagen: Sicherheit ist Chefsache.
- **Nationales Lagezentrum**
 - Wir wollen ein „Nationales Lagezentrum“ im Bundeskanzleramt etablieren, in das alle relevanten Behörden und Ministerien entsenden – keinen Regierungsbunker im Innenministerium.
- **Extremismus und Terrorismus-Abwehrzentrum**
 - Wir stehen für die Etablierung eines „Extremismus- und Terrorismus-Abwehrzentrums“ als Kooperationsplattform der beteiligten Behörden – allen voran die Nachrichtendienste, das Bundeskriminalamt und Behörden der Extremismusprävention. Die Bundesregierung ist hier nach vollmundiger Ankündigung weiterhin säumig.
- **Stärkung von Polizei, Bundesheer und Justizwache**
 - Polizei, Bundesheer, Nachrichtendienste und Justizwache brauchen keine Sonntagsreden, sondern Unterstützung. Die SPÖ wird den Fokus auf Personalbindung und Personalgewinnung legen. Wir fordern: 4.000 Polizist:innen mehr, um den Rückgang der einsatzbereiten Polizist:innen zu beenden, ein starkes Bundesheer, gut vernetzte Nachrichtendienste und mehr Personal für die Justizwache.

Schwerpunkt Frauensicherheit

SPÖ für Nationalen Aktionsplan

Das Thema Gewaltschutz ist schlicht zu groß, um ohne Strategie und Plan nur „auf Sicht zu fahren“. Ein Nationaler Aktionsplan Gewaltschutz ermöglicht es zielgerichtete Maßnahmen zu treffen und die Istanbul-Konvention in Österreich endlich vollinhaltlich umzusetzen. Und das schuldet die Bundesregierung Österreichs Frauen.

Fußfesseln für Gewalttäter

In Österreich wurden im vergangenen Jahr 14.643 Betretungs- und Annäherungsverbote ausgesprochen. Eine Möglichkeit, Opfer vor Wiederholungstaten zu schützen, sind elektronische Trackinggeräte, wie etwa Fußfesseln oder Armtracker. Trackinggeräte können der Polizei umgehend melden, wenn ein Täter die für ihn vorgeschriebene Grenze übertritt, zu jeder Tages- und Nachtzeit.

Anpassung und Ausweitung der Gewaltpräventionsberatung

Gewalttäter werden nach einer ersten Tat zu sechs Stunden Gewaltpräventionsberatung verpflichtet. Sollten sie selbst den Wunsch haben, diese danach fortzuführen, gibt es darauf keinen Anspruch, bei sechs Stunden ist Schluss. Erkennt also ein Täter, dass er ein Problem hat und will daran weiterarbeiten, so hat er keinen Anspruch auf Unterstützung. Und noch weniger verständlich: Selbst, wenn ein Täter ein zweites Mal verurteilt wird, kann er danach nicht weitere Stunde in Anspruch nehmen.

Verstärkte Männlichkeits- und Bubenarbeit

Um patriarchalen Denkmustern entgegenzuwirken muss bereits in jungen Jahren angesetzt werden. Die Männer- und Bubenberatungsstellen in Österreich leisten schon heute wichtige Arbeit zur Sensibilisierung und Gewaltprävention. Die SPÖ fordert daher eine bundesweite Basisfinanzierung für die präventive Burschen- und Männerarbeit. Nur so können flächendeckend für ganz Österreich entsprechende Angebote geschaffen werden